

## Die Parolen des Gewerbeverbands Berner KMU: 1 x Ja, 2 x Nein

**Ja zum Nachrichtendienstgesetz sowie Nein zu den Volksbegehren «Grüne Wirtschaft» und «AHV plus». Diese Parolen für den Urnengang vom 25. September 2016 beschloss die Bernische Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, einstimmig.**

Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» verfolgt laut Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) das Ziel, die Bevölkerung zu bevormunden. Bei einer Annahme des Begehrens «Grüne Wirtschaft» müsse ein Bürokratiemonster zur Umsetzung aufgebaut werden, welches den Schweizer Werkplatz abwürge. Ein Abbau des Energie- und Rohstoffverbrauchs um 65 Prozent bis zum Jahr 2050 sei zu extrem. Denn dadurch würden Zwangsmassnahmen notwendig, welche zu höheren Preisen in allen Bereichen (Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Lebensmittel, Konsumenten) führen würden. Die Schweizer Wirtschaft und die Gesellschaft seien bereits grün. «Wir sollten also Weltmeister bleiben ohne Zwänge», sagte Christian Wasserfallen. Dieser Argumentation folgte die Bernische Gewerbekammer und empfiehlt die Initiative «Grüne Wirtschaft» einstimmig zur Ablehnung.

Ständerat Werner Luginbühl (BDP) warb für ein Nein zur Volksinitiative «AHV plus, für eine starke AHV». Das Begehren fordere 10 Prozent mehr AHV für alle Rentnerinnen und Rentner, unabhängig, ob sie es brauchen oder nicht. Dieser von den Gewerkschaften geforderte Leistungsausbau sei schlecht verkraftbar. Denn: «Die AHV gibt bereits heute mehr aus, als sie einnimmt». Eine pauschale Rentenerhöhung bedeute jährliche Zusatzkosten von rund 5,5 Milliarden Franken im Jahr 2030, wenn die erste Säule bereits ein Defizit von jährlich 7,5 Milliarden Franken schreibt. Die Initianten würden keine nachvollziehbaren Antworten auf die Frage der Bezahlbarkeit liefern. Sicher sei indessen, dass vor allem die Jungen das Loch in der AHV stopfen müssten. Zudem sei eine Rentenerhöhung nach dem Giesskannenprinzip weder sinnvoll noch sozial. Denn viele Bezüger von Ergänzungsleistungen würden bei einer Annahme der Initiative «AHV plus» schlechter fahren als bis anhin. Die Mitglieder der Gewerbekammer erachten das Begehren als verfehlt und lehnen es ab.

Peter Regli, ehemaliger Chef des Schweizerischen Nachrichtendienstes, ist mit der Materie nach wie vor bestens vertraut. Er beleuchtete das ebenfalls am 25. September 2016 zur Abstimmung gelangende Bundesgesetz über den Nachrichtendienst, gegen welches das Referendum ergriffen worden ist. Tatsache sei, dass die Schweiz mit stetig wandelnden Bedrohungen konfrontiert werde. Das neue Nachrichtendienstgesetz stärke die Sicherheit und den Schutz vor Terrorismus, aber auch vor verbotenen Nachrichtendienst. Mit dem Gesetz kann also auch der Wirtschaftskriminalität begegnet werden. Heute darf der Nachrichtendienst nur an öffentlichen Orten Informationen sammeln. Das Eindringen in Computer und die Überwachung der Telekommunikation ist ihm untersagt. Gerade der Krieg im Netz müsse heute aber beobachtet werden können. Freilich sind die neuen Massnahmen restriktiv und werden mehrstufigen richterlichen und politischen Genehmigungsverfahren unterstellt. «Wir werden weiterhin den bestkontrollierten Nachrichtendienst in Westeuropa haben», sagte Peter Regli. Das Gesetz gewährleiste das Gleichgewicht zwischen Freiheit des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit. Das Nachrichtendienstgesetz wird einstimmig befürwortet.

Für zusätzliche Auskünfte: Christoph Erb, Direktor Berner KMU, Tel. 034 420 65 65.

16. August 2016